



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XII/53 - 5. März 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24881-83
Fernschreiber 0686890

Hinweise
auf den Inhalt:

Bonner Spätzündungen	S. 1
Rakete flog davon	S. 3
Was geschieht in Indonesien?	S. 4
Im Schatten von Ravensbrück	S. 6
Trotz "Souveränität" - dennoch Stationierungskosten	S. 7

Also doch?

G.M. Seit Monaten ist die der Bundesregierung nahestehende Presse bemüht, ihren Lesern einzureden, dass die amerikanische Aussenpolitik unverändert bleibt. Die 1950 während des Koreakrieges entwickelte Verteidigungskonzeption, die Allgewaltigkeit des NATO-Denkens und Adenauers Bündnispolitik werden dem Bundesrepublikaner als Dogma serviert, und wer es wagt, etwas anderes zu sagen oder zu schreiben, ist ein "Neutralist" oder etwas noch viel Schlimmeres - ein "Freund Moskaus".

Den Höhepunkt dieser Art von Gehirnmassage bildete die letzte grosse Bundestagsdebatte über die Aussenpolitik der Regierung am 31. Januar 1957. Da marschierten sie alle auf. Der Brentano, der Kiesinger, der Jaeger und der Lenz. Sie alle schworen Stein und Bein, es gebe zur Adenauerpolitik keine Alternative und wer das nicht sehe, spiele mit der Sicherheit des deutschen Volkes.

Als Ollenhauser in Amerika war, tönte der gleiche Chor die gleichen Lieder. Grosse Teile der Presse und des Rundfunks, die Propagandisten der CDU bis herunter zum Versammlungsredner der fünften Garnitur - sie alle waren eins in der Feststellung, Ollenhauser stehe in den Vereinigten Staaten vor verschlossenen Türen und rede vor tauben Ohren. Er war so schön konzentriert, dieser Chor, dass man meinen konnte, das Bundespresseamt habe endlich eine Leistung vollbracht.

Über Nacht ist es nun hell geworden. Herr von Brentano hat sich auf eine Weltreise begeben und Ministerialdirektor Grewe vertritt die Bundesrepublik in der Vier-Mächte-Arbeitsgruppe, die heute in

Washington eine Bilanz der Ideen zur Wiedervereinigung Deutschlands ziehen soll.

Und siehe da! Plötzlich erblickt man "neue Möglichkeiten" für eine aktive Politik zur Wiedervereinigung Deutschlands. Wie es heisst, soll Herr Grewe aus Bonn sogar dicke Akten mit Entwürfen mitgenommen haben, in denen manches zu lesen ist, was bisher verschwiegen wurde. Z.B., dass die Gruppe von Politikern um Präsident Eisenhower, die einen Ausweg aus der Sackgasse der Militärblock-Politik in Europa sucht, doch viel grösser ist als man offiziell zugegeben hat. In den Akten des Herrn Grewe soll auch vermerkt sein, dass die seit langer Zeit von der Sozialdemokratie geforderte Politik zur Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa mit Einbeziehung des wiedervereinigten Deutschland gar nicht so abwegig ist, als man sich bisher darzustellen beliebte.

Das Bewusstsein, dass sich in den Vereinigten Staaten ein Meinungswechsel anbahnt, findet plötzlich seinen Ausdruck in eifriger Geschäftigkeit bundesrepublikanischer^{scher} Regierungsvertreter, die nun auch "entdecken", dass etwas im Gange ist. Es wäre aber auch zu unverfroren, wenn man in Bonn weiterhin so tun würde, als sei die amerikanische Politik nicht in Bewegung geraten. Einiges darüber dringt jetzt sogar schon in die deutsche Öffentlichkeit.

Von Borch, der Korrespondent der "Welt" in Washington, meldete am Montag seinem Blatt: "In der Frage der europäischen Sicherheit und der deutschen Wiedervereinigung sind die amtlichen amerikanischen Kreise seit vergangener Herbst ganz auf Abwarten eingestellt. Die Öffentlichkeit beschäftigt sich jedoch weiter mit neuer Möglichkeiten, wie die letzte Nummer der einflussreichen Zeitschrift "Newsweek" schon wieder zeigt. Hier wird die These vertreten, dass Amerika zwar offiziell noch dem Führer Bulgariens für eine militärisch verdünnte Tausendmeilenzone in Europa kalt gegenüberstehe, jedoch bereit sei, diese Möglichkeit in den Londoner Abrüstungsverhandlungen im März ernsthaft zu erörtern.

Die Begründung ist: "Einige Berater des Präsidenten glauben, es könne besser sein, eine Pufferzone von tausend Meilen in Europa zu haben als die gegenwärtige Verteidigungslinie, nachdem jetzt europäische Nationen ihre NATO-Truppen verringern sollen. Eisenhowers europäische Sachverständige glauben auch, es gebe eine

grössere Hoffnung für ein freies vereinigtes Deutschland in einer neutralen Zone als in der gegenwärtig bestehenden militärischen Sackgasse."

Wir registrieren diese Stimme aus den Vereinigten Staaten mit allem notwendigen Vorbehalt. Entscheidend für die deutsche Politik ist, dass sie sich aktiv auf jede Möglichkeit zur Überwindung des toten Punktes bei den Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands einschaltet. Die schon sprichwörtlich gewordene Bonner Spätzündung mit mächtigen Stössen zu überwinden helfen, ist die Aufgabe der Opposition. Das Versagen der Bonner Regierung, die Eingleichigkeit ihres Denkens und ihrer Hilflosigkeit vor neuen Entwicklungen ist die permanente Gefahr für die Sicherheit des ganzen deutschen Volkes.

* * *

Die Geisternotbremse

sp - Den Amerikanern ist wieder eine Rakete davongeflogen; wie es heisst, die dritte. Diesmal war man aber vorsichtig. Man hatte eine selbsttätig funktionierende Sprenganlage in die Rakete eingebaut, die auch tatsächlich funktioniert haben soll, als das Geschoss sich selbständig machte und nicht mehr der Fernsteuerung gehorchte.

Irgendwo hoch im Äther ist dann das Ding geplatzt, ohne Schaden anzurichten. So jedenfalls berichtet die amerikanische Presse.

Ist Goethes "Zauberlehrling" überholt? Der junge Mann, der laut Goethe mit dem Wasser nicht fertig wurde - und den Geistern, die er rief, kann jetzt von den Amerikanern etwas dazulernen. Die gerufenen Geister können gebannt werden, wenn man einen kleinen Apparat in den Geist einbaut, der dann im entscheidenden Augenblick besagten Geist automatisch stoppt.

Beruhigen wir uns also; es kann uns nichts mehr passieren!

Wie ist das aber, wenn die kleine Geisternotbremse nun auch nicht will wie wir???

* * *

Sukarno und die gelenkte Demokratie

Unser Mitarbeiter, der vor einiger Zeit aufgrund seiner Erfahrungen während seines Aufenthaltes in Indonesien an dieser Stelle zu den Ereignissen in Sumatra Stellung genommen hatte, befasste sich jetzt mit der gegenwärtigen politischen Entwicklung Indonesiens, die ein Ausfluss aus diesen Vorgängen ist.

D. Str. Präsident Sukarno, Indonesiens Staatsoberhaupt, ist seit jeher ein Revolutionär der Vernunft gewesen. Er übertrug als das Idol des indonesischen Freiheitskampfes alle innerpolitischen Rannetöse revolutionärer Elemente und brachte auch den um die Jahreswende revolutionierenden Obersten Symbolen auf Sumatra wieder auf Vordermann. Allerdings zog Sukarno, der ein Realpolitiker ist, aus den dauernden Zwischenfällen zwischen der Armee und korrupten höheren Beamten der Ministerien den für europäische Augen allerdings fragwürdigen Schluss, dass sich die westliche Form der Demokratie für Indonesien nicht bewährt habe. Beeinflusst war der Präsident Indonesiens von der volksdemokratischen Regierungsform in Rot-China, das er im Jahre 1956 besuchte. Nun bildet Indonesien einen sogenannten Nationalrat, in dem alle Parteien, einschliesslich der Kommunisten, vertreten sind, die die viertstärkste Partei der Republik darstellen. Sukarno selbst will, nach Mitteilungen seiner Berater, nicht dem Nationalrat angehören.

Diese Nachrichten haben - verständlicherweise - in westlichen Kreisen, die mit den indonesischen Verhältnissen nicht vertraut sind, eine gewisse Unruhe ausgelöst, und man sieht Indonesien schon im Fahrwasser des Ostblocks davonegalen.

Man vergisst bei diesen ersten überstotzten Stellungnahmen, dass Indonesien ein islamitisches Land ist, in dem die islamitische Partei, Masjumi, ein erhebliches Gewicht hat, man vergisst, dass die Mehrzahl der Einwohner Indonesiens, auch oder gerade die Wähler der kommunistischen Partei, Analphabeten sind, die bei genügender Aufklärung und sozialer Sicherheit die Bannerträger Moskaus nicht noch mehr stützen würden, denn diese Menschen, hauptsächlich in den grossen Städten zu Hause, wissen nicht, was Kommunismus Moskaus Prägung bedeutet. Sie wissen nur, ähnlich wie in Italien, dass die KP denen etwas fortzuehmen will, die mehr haben als sie selbst. Mit diesen billigen, um nicht zu sagen banalen Argumenten fangen die Kommunisten im Bereich der - 5 -

Sunda-Inseln ihre Stimmen.

Hinzu kommt, dass Sukarno die Regierungsform der "Volksdemokratie" Chinas zu übernehmen gedenkt. Das ist nicht gleichbedeutend mit einer kommunistischen Mehrheit in diesem Allparteienkabinett, das sich Nationalrat nennt. Allerdings kann man der Begründung des Präsidenten nicht folgen, die westliche Demokratie sei keine wahre Demokratie im Einklang mit den Idealen des indonesischen Volkes.

Richtiger und für die indonesische Situation genauer wäre die Feststellung gewesen: das formelle Gebäude des jungen Staates, die westliche Demokratie, hat nicht versagt, sondern viele der Männer Indonesiens, die mit ihr unzugehen hatten, versagten. Es hat den Anschein, als ob der Präsident und auch sein Freund Hatta, der sich - trotz aller Inkenrufe einer zerbrochenen Freundschaft zwischen Sukarno und Hatta - auf die Seite des Präsidenten stellte, als die Eckpfeiler des jungen Staates mehr Einfluss auf die verworrene Politik in Indonesien nehmen wollen. Bei alledem muss man berücksichtigen, dass Indonesien noch nicht zehn Jahre an seinem Aufbau arbeiten kann, dass die Intelligenz dünn gesät ist und das Volk in seiner landsmannschaftlichen Vielfalt erst daran gewöhnt werden muss, als Nation zu denken und demokratisch zu entscheiden.

Dass die Gefahr einer Diktatur durch den Nationalrat heraufbeschworen wird, ist schon durch die geographische Lage Indonesiens eine Unmöglichkeit, dass das Land jedoch Bestandteil des Ostblocks wird, ist infolge der religiösen Strenge des Islams wenigstens in naher Zukunft ebenso unmöglich - wenigstens solange nicht, als Sukarno, Hatta, der Führer des politischen Islams, Mohammed Natsir und der Sozialdemokrat Sutan Sharir auf die Politik Einfluss nehmen können. Nicht zu vergessen das weitgehend christianisierte Sumatra mit dem nicht zu unterschätzenden deutsch-lutherischen Missions-Einfluss der sogenannten "Rheinischen Sendung". Es wäre falsch und könnte der jungen Staate, der jetzt die schwerste Krise seit der Souveränitätsübertragung im Jahre 1949 durchmacht, noch mehr schaden, wollte man ihn vorschnell verurteilen. Denn böswillige Kritik ist für das junge Freiheitliche Asien ein Wirstoß in Richtung Moskaus.

Ein weiblicher Glauberg?

mu, Kiel

Der Kieler Oberstaatsanwalt hat vor kurzem eine Voruntersuchung gegen die Ärztin Dr. Herta Oberheuser beantragt. Der Oberstaatsanwalt beschuldigt die Ärztin, 1942 im Konzentrationslager Ravensbrück "durch selbständige Handlungen mehrere Insassen dieses Lagers durch die Verabreichung von Injektionen heimtückisch getötet zu haben". Mit dem Prozess gegen diese Frau wird im Frühsommer gerechnet.

Sie wurde auf Grund des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens aus der Johanniter-Heilstätte in Plön entlassen, praktizierte jedoch privatärztlich in der Gemeinde Stocksee im Landkreis Segeberg. Das Kieler Innenministerium steht auf dem Standpunkt, dass ihr die Berufsausübung erst dann untersagt werden kann, wenn ein Urteil vorliegt.

Frau Oberheuser war am 10. April 1952 aus alliierter Haft in Landsberg entlassen worden, nachdem sie nach 1945 durch die sogenannten Ärzteprozesse auf Grund einer alliierter Anklageerhebung verurteilt worden. Die Ermittlungen und Anschuldigungen des Kieler Staatsanwaltes stützen sich auf weitere angebliche Verbrechen, die im damaligen Prozess nicht abgehandelt worden sind.

Aus den bisherigen Zeugenaussagen und Protokollen von Vernehmungen ergibt sich folgendes Bild über die angeblichen Verbrechen, welche die Ärztin seinerzeit im Jahre 1942 im Konzentrationslager Ravensbrück begangen haben soll: Sie gehörte einer SS-Ärztelkommission an, die Menschenexperimente mit Wissen oder auf Weisung des damaligen SS-Führers Himmler überwiegend an polnischen Häftlingen vornahm. Frau Oberheuser hat demnach auf Weisung des SS-Reichsarztes, Dr. Crawitz, weibliche Häftlinge mit Tetanusbazillen, Gasbrandbazillen, Staphykokkokken (Eitererreger) und Erregermischkulturen geimpft. Die Infizierungen wurden meist in den Oberschenkeln der Frauen vorgenommen, ohne dass man ihnen sagte, welcher Art die Eingriffe waren.

Diese Menschenexperimente hatten das Ziel, die Heilwirkung von Sulfonamiden festzustellen. Bei den Experimenten sollten eine ganze Anzahl von Frauen ums Leben gekommen sein. Die Einschnitte gingen, wie Überlebende Frauen berichten, häufig bis zum Knochen. Das Einimpfen der Krankheitserreger wurde teilweise auch mit dem Einsetzen von Holzsplittern und Glasscherben in die Wunden verbunden. Der spezielle

Vorwurf richtet sich nun besonders gegen die Tatsache, dass ein Teil der bedauernswerten Opfer nicht weiterbehandelt wurde. Man kümmerte sich ganz einfach nicht um die grosse Eiterherde, welche man den Frauen eingimpft hatte. Viele der Frauen sind dann unter grässlichen Schmerzen im Konzentrationslager Ravensbrück verstorben. Vielfach wurden für die Versuchsreihen aus einer grösseren Anzahl polnischer Frauen sechs bis zehn junge Mädchen, in der Regel die schönsten, ausgesucht.

Ein weiterer Vorwurf, der aber noch im Einzelnen durch Vernehmungen bestätigt werden muss, erstreckt sich auf "unmenschliche Geburtshilfen", welche Frau Oberheuser an Häftlingen vorgenommen haben soll. Einer Aussage zufolge soll Frau Oberheuser Geburten auf primitivste Art "beschleunigt" haben. Dabei sind die neugeborenen Kinder angeblich vielfach ums Leben gekommen. Die Ermittlungen in diesem Fall sind äusserst schwierig, weil Frau Oberheuser die Eingriffe hier in einem streng abgesperrten Raum allein vorgenommen haben soll. Allerdings liegen Aussagen aus dem Sommer 1944 vor, wonach andere Häftlinge den Raum, in dem Frau Oberheuser sich "betätigt" hatte, anschliessend säubern mussten.

* * *

Bonner Großzügigkeit

sp- Von der vielgerühmten Zähigkeit und Krauerigkeit, von der die Bewunderer des Bundesfinanzministers Schäffer sonst so viel zu berichten wissen, war diesmal bei den Verhandlungen über die Weiterzahlung von Stationierungskosten für in der Bundesrepublik stationierte britische Truppen kein Hauch zu verspüren. Der "Heros nationaler Sparsamkeit" kapitulierte, seine Gefechte mit hartnäckigen britischen Verhandlungspartnern erwiesen sich als Seneingefechte. Der gleiche Mann, der bei der parlamentarischen Verabschiedung der Pariser Verträge verkündete, mit diesen Verträgen beginne die westdeutsche Souveränität, geborene die Leistungen für Besatzungskosten für inner der Vergangenheit an, hat kein Wort dagegen zu sagen, dass die runde Summe von einer Milliarde und zweihundert Millionen DM aus den Taschen des bundesrepublikanischen Steuerzahlers auch weiterhin für den Unterhalt von westlichen Truppen auf dem halbierten Boden Deutschlands flicset.

Der Löwenanteil, nämlich mit 588 Millionen DM fast die Hälfte,

5. März 1957

streichen die Briten ein; der grössere Rest soll an Amerikaner, Franzosen und Belgier gehen. Diese sagten sich - von ihrem Standpunkt aus mit Recht - was den Briten billig ist, kann uns nicht verwehrt werden, obwohl, was z.B. die Franzosen anbelangt, nicht recht ersichtlich ist, wofür sie Anspruch auf Stationierungskosten erheben. Sie haben doch, wie schliesslich schon alle Welt weiss, den grössten Teil ihrer Truppen aus Westdeutschland abgezogen, manche behaupten sogar, sie hätten nicht einmal eine gefechtsbereite Brigade in der Bundesrepublik stehen.

Der Appetit unserer westlichen Alliierten ist ohne Zweifel durch die Gold- und Devisenfülle der Bundeskassen stark angeregt worden. Dazu kam bei den Briten noch die Versuchung, ihre angekündigte Truppenverminderung als - um nicht einen schärferen Ausdruck zu gebrauchen - Druckmittel zu benutzen, wovon sie reichlich Gebrauch machten. Das Gespenst eines drohenden britischen Truppenabzuges löste im offiziellen Bonn Schrecken aus; gibt man sich doch hier der Illusion hin, die in Westdeutschland stationierte alliierte Truppenstärke als Trumpfkarte in künftigen Verhandlungen mit der Sowjetunion auszuspielen. Wie sehr das eine Illusion ist, besagt die Erklärung eines Sprechers des britischen Aussenministeriums, wonach die Regelung des deutschen Beitrages für Stationierungskosten der britischen Truppen in der Bundesrepublik "keinerlei Einfluss auf die britischen Pläne für eine Herabsetzung der Streitkräfte in Deutschland habe." Das ist deutlich genug. Grossbritannien betrachtet die gegenwärtige Regelung als eine für seine chronische Devisennot höchst willkommene Lösung, weil sie es in die Lage versetzt, seine Umrüstungspläne doch durchzuführen und dabei noch überflüssiges - im militärischen Sinne überflüssiges Material - gegen teures Geld loszuwerden. Denn nichts anderes beinhaltet die Erhöhung des deutschen Rüstungskontos von zwanzig auf dreissig Millionen Pfund, aus dem das Bundesverteidigungsministerium nun nach Belieben schöpfen kann.

Mit der Verteidigung der westlichen Welt hat dieser während der Faschingszeit abgeschlossene Handel wenig zu tun. Keine Feuerwehr lässt ihre Einsatzbereitschaft von der Finanzlage des vom Brand bedrohten Opfers abhängig sein - sie ist da, weil sie eben jedes Feuer, unabhängig davon, wo es austricht, zu löschen hat. Die Briten glauben - und dies mit vielen guten Gründen - nicht an einen Brand in Mitteleuropa, etwa entfacht durch Moskau, sie sehen in den in der Bundesrepublik stationierten Truppen - zum Unterschied von Bonn - auch keine Feuerwehr, sondern ein Mittel, um von Bonn finanzielle Zugeständnisse zu erlangen. Diese haben sie auch reichlich erhalten, wobei sie der Gedanke nicht zu beschweren braucht, dass in der anderen Hälfte Deutschland eine andere militärische Macht, die hier auch Soldaten unterhält, unter Berufung auf britisches Beispiel und Bonner Nachgeben nun ihrerseits auch vom zweiten "souveränen deutschen Staat" reichliche "Stationierungskosten" fordern kann.

Mit der "Souveränität Deutschlands" hat all dies freilich nichts zu tun.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel